

FDP
Die Liberalen



BASLER FREISINN

Schwerpunkt Europapolitik Basel-Stadt	2 bis 8 9 bis 13	Mercosur Delegiertenversammlung	14 15	Altersvorsorge FDP Frauen	16 18	RADIGAL Agenda und Umfrage	19 23
--	---------------------	------------------------------------	----------	------------------------------	----------	-------------------------------	----------

42. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Inhalt

Wohnen

Andreas Zappalà über die Wohnschutzinitiativen.

Seite 9

Frei und Sinn bilden den Freisinn

Gastbeitrag René Rhinow über die Werte der FDP.

Seite 10

Jungfreisinnigen-Kongress in Basel

Denis Sorie über den nationalen Kongress im März.

Seite 11

Freiheitspodium über Stadtlärm

Thomas Kessler im Rückblick über das Freiheitspodium.

Seite 12

Schwerpunkt Europapolitik

Liebe Leser/innen, der «Freisinn» erhält dieses Jahr ein «Update». Teil des Konzepts sind nationale Themenschwerpunkte. Der kantonale Teil folgt in dieser Ausgabe deshalb ab Seite 9. Gerne nehmen wir Ihre Meinung dazu in der Umfrage auf Seite 23 entgegen. Vielen Dank für Ihre geschätzte Rückmeldung.

Startschuss für den Weg zurück nach Bern

Die Basler FDP gehört nach Bern. Daran arbeiten wir unermüdlich. Und wir stehen rechtzeitig bereit. Die FDP wird sich diesen Herbst mit einem neuen Parteiprogramm und mit einer starken Nationalratsliste präsentieren. Der Startschuss für das Nominationsverfahren fiel an der Generalversammlung.

**Luca Urgese, Präsident
FDP.Die Liberalen Basel-Stadt**

Eine Generalversammlung dient stets dem Blick zurück. Darauf, was im vergangenen Jahr alles geleistet wurde. Und das ist durchaus beachtlich: Der Vorstand hat die Partei strukturell neu organisiert, viele Prozesse digitalisiert und operative Verbesserungen vorgenommen. All dies ist jedoch letztendlich nur Beigemüse. Was zählt, sind unsere politischen Erfolge. Daher haben wir den Fokus schon lange nach vorne auf die Wahlen 2019 gerichtet.

Wer in einem Stadtkanton politisch Erfolg haben will, braucht Antworten auf die städtischen Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb beteiligen wir uns an der FDP Urban, wo sich die Freisinnigen der acht grössten Schweizer Städte zusammengeschlossen haben, um ebendiese Herausforderungen zu diskutieren.



Luca Urgese

Und wir haben die Liberale Denkfabrik, die aus baselstädtischer Optik an diesen Antworten arbeitet. Im Juni werden wir den Entwurf für unser neues Parteiprogramm in die parteiinterne Vernehmlassung geben. Alle Mitglieder werden die Gelegenheit haben, sich dazu zu äussern, Kritik, Ände-

rungsvorschläge und Ideen einzubringen. Am Parteitag vom 20. August 2018 wird das Parteiprogramm dann verabschiedet werden.

Entscheidend ist aber auch das politische Personal, welches die Werte des Freisinns – Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – verkörpert und unsere Inhalte unter die Leute bringt. Der Vorstand hat deshalb entschieden, ein klares Signal auszusenden: Ein Jahr vor den Wahlen 2019 stehen wir bereit mit fünf Personen, die für den freisinnigen Erfolg kämpfen werden.

Die Nomination der Nationalratsliste wird am Parteitag vom 16. Oktober 2018 erfolgen. Interessierte haben bis am 31. August 2018 Zeit, um ihre Kandidatur einzureichen.

Die FDP wird in diesem Herbst bereit stehen mit einem klaren politischen Profil und mit einer Nationalratsliste, die uns zurück ins Bundeshaus führt.

Wohnen

Wohnschutzinitiativen – FDP Basel-Stadt empfiehlt einstimmig 4-mal Nein

Andreas Zappalà, Grossrat und Geschäftsführer HEV Basel-Stadt

Am 10. Juni 2018 stimmen wir über vier Wohnschutzinitiativen ab. Gerne erläutere ich, um was es geht und wie-so am Parteitag am 19. April die FDP Basel-Stadt für alle vier Initiativen die Nein-Parole gefasst hat.

Mieterschutz beim Einzug

Die Initiative verlangt die Einführung der Formularpflicht beim Abschluss eines neuen Mietvertrags, sobald der Leerwohnungsstand unter 1,5 Prozent fällt. Die Anfechtung des Anfangsmietzinses innert 30 Tagen seit Einzug ist bereits heute möglich. Ebenfalls muss der Vermieter den Vormietzins dem neuen Mieter auf Verlangen hin bekanntgeben. Dazu braucht es das Formular nicht. Dass die Formularpflicht eine mietspreishemmende Wirkung zeigt, wie dies immer wieder behauptet wird, lässt sich an den Beispielen Zürich, Genf und anderer Kantone kaum behaupten. Trotz Formular sind diese Städte Hotspots von hohen Mietzinsen. Die Einführung einer solchen Formularpflicht löst keine Probleme, sondern schafft nur administrativen Mehraufwand und Leerlauf.

Mieterschutz am Gericht

Die Initiative verlangt, dass in Gerichtsverfahren, die ihren Ursprung bei der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeit haben, keine Parteientschädigungen zu bezahlen sind und die Gerichtsgebühren auf max. 500 Franken plafoniert werden. Bereits heute liegen die Gerichtsgebühren bei Mietstreitigkeiten um 70 Prozent tiefer als bei andern zivilrechtlichen Prozessen. Es ist auch nicht einzusehen, wie-so derjenige, der zu Unrecht vor den Richter gezogen wird, seine Anwaltskosten auch noch selber bezahlen muss. Nicht von der Hand zu weisen ist schliesslich auch die Tatsache, dass die Annahme der Initiative zu einer



Andreas Zappalà

Schwächung der Schlichtungsstelle führt. Wieso soll ein vielleicht nicht gross befriedigender Vergleich angenommen werden, wenn man fast kosten- und risikolos prozessieren kann.

Mehr Rücksicht auf ältere Mietparteien (Wohnschutzinitiative)

Die Kernelemente dieser Initiative sind ein spezieller Schutz für ältere Mietparteien vor Mietzinserhöhungen und Kündigungen bei Wohnungsnot (Leerwohnungsbestand unter 1,5 Prozent), wohnpolitische Massnahmen zur Bewahrung des Charakters der Quartiere, des aktuellen Wohnungsbestands und der bestehenden Wohn- und Lebensverhältnisse sowie eine Bewilligungspflicht und Mietzinskontrolle bei Abbruch und Umbau von bezahlbaren Wohnraum.

Diese Initiative braucht es nicht. Die Missbrauchsgesetzgebung im Obligationenrecht, seit 1. Juli 1990 in Kraft, gewährt Schutz vor unberechtigten Kündigungen und Mietzinserhöhungen. Ist eine Kündigung rechtmässig, so sind Erstreckungsmöglichkeiten vorgesehen. Es ist also bereits heute bei weitem nicht so, dass ein Vermieter ältere Mietparteien mir nichts, dir nichts auf die Strasse stellen kann oder deren Mietzins massiv erhöhen kann. Zudem birgt die Initiative für ältere Personen Gefahr, auf dem freien Wohnungsmarkt noch schwie-

riger eine Wohnung zu finden. Schon heute beklagen sich diese, dass sie oft wegen ihres Alters keinen Zugang zu einer Mietwohnung finden. Dieses Problem dürfte sich akzentuieren, wenn diesem Personenkreis ein höherer gesetzlicher Schutz zugebilligt wird als anderen Wohnungssuchenden. Wenn eine kantonale Mietzinskontrolle eingeführt wird, besteht auch kein Anreiz mehr, in die Mietwohnungen und Liegenschaften zu investieren und diese zu unterhalten. Schwerwiegende Folgen dürfte auch die Forderung haben, dass der Charakter eines Quartiers zu bewahren ist. Eine Erneuerung und Entwicklung kann nicht mehr stattfinden. Der Verdichtung zur Schaffung von neuem Wohnraum, wie dies die offizielle Politik des Regierungsrats darstellt, wäre ein Ende gesetzt. Denn ohne Abbruch oder Veränderung des Quartiers ist eine solche Verdichtung nicht zu erreichen.

Recht auf Wohnen

Während die oben geschilderten Volksinitiativen vom Mieterverband lanciert wurden, rekrutieren sich die Initianten bei dieser Initiative aus dem linksalternativen Spektrum. Sie wollen ein in der Kantonsverfassung verankertes

und somit einklagbares Recht auf Wohnen. Dieses Recht soll allen in Basel-Stadt wohnhaften und angemeldeten Personen zukommen. Es beinhaltet einen Anspruch auf einen dem Bedarf entsprechenden Wohnraum, dessen Mietzins oder Kosten die finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigen soll. Darunter verstehen die Initianten den Anspruch auf eine Wohnung, die ein Zimmer mehr aufweist, als Personen darin wohnen werden. Suchen also zwei Personen eine Wohnung, so besteht Anspruch auf eine 3-Zimmer-Wohnung. Diese Wohnung darf auch nicht mehr als ein Drittel des Haushalt-einkommens kosten. Auch diese Initiative ist abzulehnen. Mit dem vor rund vier Jahren in Kraft getretenen kantonalen Wohnraumförderungsgesetz sind die Anliegen der Initianten erfüllt. Der Kanton muss Massnahmen fördern, die geeignet sind, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, dies tut er durch Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Zugleich muss er günstigen Wohnraum für besonders benachteiligte Personen bereitstellen. Bei dieser Initiative handelt es sich deshalb um eine ideologische Zwängelei, die eine Sogwirkung haben wird und den «Sozialtourismus» begünstigt.

Anzeige



Schweizer Söhne
Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Gastbeitrag

Frei und Sinn bilden den Freisinn

René Rhinow, alt Ständerat

Ich gratuliere der FDP Basel-Stadt zum Unterfangen, über die Werte der FDP und ihre Tragweite in Basel-Stadt und der Region nachzudenken. Der Prüfstein aller Werte ist deren Konkretisierung und Umsetzung – ich wünsche der Partei, dass ihre Diskussionen und Positionsbezüge auch in die praktische Arbeit der Partei einfließen – was nach meiner Erfahrung (nicht in Basel!) alles andere als selbstverständlich erscheint...

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind zweifellos überzeugende und leuchtende Jalons, auf welche die Arbeit der FDP auszurichten ist. Doch der Freisinn muss sich selbstkritisch fragen, was diese Werte in einem weitgehend veränderten Umfeld bedeuten. Er muss die reale Welt von heute schonungslos zur Kenntnis nehmen, etwa die moderne multioptionale und individualisierte Gesellschaft, die technologischen und digitalen Entwicklungen und die multiple Abhängigkeit der Schweiz von globalen Vorgängen, Staatengemeinschaften und Organisationen. Wertediskussionen müssen sich im Spannungsfeld von realitätsbezogener moderner (Stadt-)Gesellschaft und umsetzbaren Freiheits- und Wohlfahrtsidealen bewegen.

Was heisst Freiheit und Gemeinsinn in einer Stadt wie Basel? Vor allem; was heisst Freiheit für die hier lebenden Menschen mit ihren Bedürfnissen, die ernst genommen werden wollen?



René Rhinow

Die Antworten (im Plural) müssen kreativ und positiv ermittelt werden. Mit der repetitiven Klage (oft mit leicht arroganten Unterton), wie sie vor allem in Zürich zu hören war, Städte seien «links», verweicht, kulturaffin und wohlstandsgesättigt, mit der populistischen Herabminderung von Intellektuellen (Lehrpersonen, Kulturschaffende etc.), mit EU- und Ausländerfeindlichkeit gewinnt die Partei keinen Blumentopf, jedenfalls nicht bei liberal denkenden Menschen. Könnte es sein, dass bürgerlich gesinnte Stadtmenschen heute «links» wäh-

len, weil sie in der FDP keine Heimat (mehr) finden? Weil diese nach ihrer Wahrnehmung zu wenig für Bildung und Kultur eintreten? Die Wertediskussion darf sich zudem nicht an Positionen anderer Parteien orientieren, um dann das Gegenteil zu betonen. «Nicht-links» ist kein Markenzeichen! Zudem: Viele aktuelle Herausforderungen lassen sich nicht in ein Links-rechts-Schema pressen.

Ausgangspunkt der propagierten Freiheit sind nach wie vor oder heute erst recht gleiche Freiheits- und Lebenschancen aller.

Liberaler Antworten sind oft das Ergebnis von Wert- und Interessenabwägungen zwischen den Freiheitsbedürfnissen und Lebenschancen verschiedener Menschen, Gruppierungen und Generationen. Differenzierte, massvolle Lösungen und Kompromisse sind dem Freisinn inhärent, während ihm das Absolute und Radikale fremd ist. Innerhalb des Freisinns führen Liberale verschiedener Ausrichtung einen fruchtbaren Dialog. Liberale Vielfalt ist Stärke, nicht Schwäche des Freisinns! Dazu muss der Freisinn mit Entschiedenheit stehen, gegen alle ideologiegeleiteten Disqualifizierungen: ein Kompass gibt die Richtung vor, nicht den konkret einzuschlagenden Weg.

Dass zur Freiheit Verantwortung gehört, ist sicher unbestritten. Doch Verantwortung weist mehrere Schichten auf: Verantwortung bezieht sich auf Mitmenschen – was auch Solidarität mit Schwachen und einen massvollen sozialen Ausgleich einschliesst. Verantwortung bezieht sich auf die Lebenschancen künftiger Generationen, die auch in Würde, Freiheit und einer intakten Umwelt leben sollen. Gemeinsinn als Verantwortung für die Gemeinschaft verlangt ein grundsätzlich positives Verhältnis zum Gemeinwesen. Anti-Staatlichkeit per se ist kein freisinniges Programm! Der Freisinn wendet sich gegen alle (vor allem rechtspopulistischen) Versuche, das Vertrauen in die demokratisch legitimierte Staatsorgane zu untergraben. Er ist aber grundsätzlich skeptisch gegenüber der Delegation von Verantwortung an den Staat, weil er weiss, dass staatliche Regulierung und Verwaltungsmacht oft freiheitsbedrohend und kontraproduktiv sein können. Er wendet sich gegen die Aushöhlung oder Infragestellung von Menschenrechten (die allen Menschen zustehen!). Er weiss um die grosse Bedeutung der politischen Kultur für unser Land der Minderheiten und um die integrierende Funktion von Volksrechten. Er anerkennt aber auch deren Schranken im Interesse von Freiheitsrechten, Minderheitenschutz und individuellem Rechtsschutz. Er weiss, dass auch eine Mehrheit irren kann.

Der moderne Freisinn braucht Mut: Mut zur eigenständigen Positionierung, die jedoch nicht nur verkündet, sondern gelebt sein muss. Mut zu einem realitätsbezogenen, überzeugenden, von Verantwortung und Gemeinsinn getragenen Liberalismus der Vielfalt. Mut, sich gegen den wachsenden Rechtspopulismus mit aller Deutlichkeit abzugrenzen. Mut zur Offenheit Neuem gegenüber – in Gesellschaft und Wirtschaft. Vor allem aber braucht er überzeugende Persönlichkeiten, die diesen wertbezogenen und nachhaltigen Frei-Sinn prägen und leben.

Anzeige

<p>R. Soder Baugeschäft AG</p> <p>Oberdorfstrasse 10 Postfach 108 4125 Riehen 1</p> <p>Telefon 061 641 03 30 Fax 061 641 21 67 soderbau@bluewin.ch</p>		<p>Lergemüller AG</p> <p>Oberdorfstrasse 10, Postfach 108 4125 Riehen 1</p> <p>Telefon 061 641 17 54 Fax 061 641 21 67 lergenmueller@bluewin.ch</p>
<p>Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken</p>		

Jungfreisinnige

Nationaler Kongress in Basel

**Denis Sorie, Vorstand
Jungfreisinnige Basel-Stadt**

Der nationale Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz wurde dieses Jahr in Basel ausgetragen. Zusammen mit den Jungfreisinnigen Baselland und den Jungliberalen Basel, stellten wir ein achtköpfiges OK auf die Beine, welches ein Jahr lang an der Organisation des dreitägigen Anlasses unermüdlich arbeitete und ihm so zur erfolgreichen Durchführung verhalf.

Der eigentliche Kongress fand über das Wochenende vom 10./11. März im Union statt. Aber schon tags davor, am Freitag, luden wir zu einem Willkommens-Apéro in die Bar Rouge ein. In 105 m Höhe und bei einem wunderschönen Blick über unsere Stadt bei Nacht stimmten wir uns gemeinsam auf die kommenden Tage ein. Es herrschte eine lockere und erwartungsvolle Stimmung – man freute sich.

Der erste Kongresstag stand ganz im Zeichen der Digitalisierung. So fassten die über 200 Teilnehmenden einstimmig die Nein-Parole zum Geldspielgesetz, welches die Schweiz digital abschotten würde. Wir hörten ein Inputreferat über Kryptowährungen und verabschiedeten das Positionspapier «Smarte Schweiz 4.0». Ausserdem fassten wir mit sehr grosser Mehrheit die Nein-Parolen zur Vollgeldinitiative und zum Verhüllungs-



verbot und nahmen die statutarischen Geschäfte ab.

Nach dem intensiven politischen Teil war es nun Zeit für das Gesellschaftliche. Dafür hatte sich unser Organisationsteam etwas ganz Besonderes einfallen lassen: Eine Schifffahrt auf dem Rhein inklusive einem leckeren Drei-Gang-Menü. Die Fahrt mit der MS Christoph Merian avancierte zu einem echten Höhepunkt und wird den meisten wohl noch länger in Erinnerung bleiben. Im Basler Kult-Lo-

kal «Club 59» fand ein langer Tag schliesslich sein würdiges Ende.

Am darauffolgenden Morgen war es nun Zeit für die Vorstandswahlen. Den Posten «Medien & Online» sowie den des «International Officer» galt es neu zu besetzen. Schon im Vorfeld hatten die dafür Kandidierenden kräftig um jede Stimme gewiebelt und für einen spannenden Wahlkampf gesorgt. Am Ende waren der Zürcher Leroy Bächtold und der Bieler Michel Tschank die glücklichen Neugewähl-

ten. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder der JFS wurden wiedergewählt. Zudem wählten wir unsere zehn Delegierten für die FDP Schweiz.

Ein entscheidender Programmpunkt stand aus Basler Sicht aber noch an. Basel-Stadt ist der einzige Kanton, in welchem eine «Jungliberale Partei» existiert. Da die Jungliberalen Basel vor einem Jahr als eigenständige Sektion bei den Jungfreisinnigen Schweiz aufgenommen wurden, hat Basel-Stadt als einziger Kanton zwei Sektionen. Ein Antrag verlangte, dass die beiden Basler Sektionen zusammen nur noch so viele Delegierte stellen können, wie eine einzelne Sektion von anderen Kantonen. Der Antrag wurde bedauerlicherweise angenommen,

muss aber nächstes Jahr, da er nicht fristgerecht eingereicht wurde, nochmals traktandiert werden. Die Basler Jungfreisinnigen werden die Zeit nutzen, damit nächstes Jahr eine bessere Lösung gefunden werden kann.

Ein grosses Dankeschön für die tolle Zusammenarbeit geht an alle meine OK-Kollegen! Es sind dies Oliver Fischer und Stefan Kaiser (JFBL), Titus Hell und David Pavlu (JFBS), Xaver Dill, Darius Schlaeppli und Adrienne Strahm (JLBS).

Publireportage

FDP-Mitglieder stellen sich vor

Dominik Lingg ist ein langjähriges Mitglied der Basler FDP

Dominik Lingg ist Inhaber der Dominik Lingg AG. Das Unternehmen unterstützt Bauherren in sämtlichen Fragen rund um das effiziente und nachhaltige Bauen. Von Strategieentwicklungen sowie Planung bis hin zur Überwachung von Kosten und Terminen für Neubauten oder Sanierungen.

Wir freuen uns, wenn Sie Unternehmen der FDP-Mitglieder unterstützen.

Dominik Lingg Bautreuhand AG, Basel, Tel. 061 205 15 00, www.d-lingg.ch



Freiheitspodium

Lebendige Stadt oder Sanatorium?

Thomas Kessler, Berater und früherer Leiter Stadtentwicklung

Am Montagabend, 19. März, hat sich im Stellwerk St. Johann einmal mehr gezeigt, wie wichtig das freisinnige Basler Freiheitspodium für den städtischen Diskurs ist. Der Publikumsaufmarsch hat gezeigt, dass mit dem Thema Stadtlärm einmal mehr der Nerv getroffen wurde. Der hartnäckige Trend zu Überregulierung und Verrechtlichung des Alltags zeigt sich überdeutlich im Umgang mit Kinderlachen, Nachbar-Party, Jugendevent und den lebensfreudigen Emissionen der Gastronomie.

Da die Bewertung von Geräuschen höchst subjektiv ist und sich im Laufe der Zeit stets ändert, wurde nicht über Baulärm und Kirchenglocken geredet, sondern hauptsächlich über die Gastronomie und Musik. Marus Ebnetter vom Wirtverband legte anschaulich dar, wie in Basel die rigorose Strapazierung der Lärmschutzgesetze die Wirte unter Dauerverdacht stellt und zu grotesken Einschränkungen führt. Mitten im Hochsommer müssen einzelne Gartenbeizen die Menschen zwischen 19 und 22 (Sommerzeit, noch hell) in die stickigen Räume schicken. Hotels von Weltrang wie das Drei Könige müssen zur besten Zeit die internationalen Gäste von der Terrasse wegbiten.

Der Leiter der Abteilung Lärmschutz im AUE, Harald Hikel, erklärte die behördliche Praxis. Inzwischen messen, beraten, rügen und verzeigen ganze sieben Angestellte Wirte und Kulturveranstalter. Die Anzahl Meldungen sei derzeit stabil. Marus Ebnetter führte dazu aus, dass vor nicht allzu langer Zeit eine Person in diesem Amt ausreichte und die behördliche Omnipräsenz als Damoklesschwert für die Wirte wirke. Ein Kulturveranstalter bestätigte am Rande der Veranstaltung, dass inzwischen an den Anlässen ständig unangemeldet Messungen vorgenommen werden.

Malika Abd'Rabbou von der Mobilien Jugendarbeit zeigte ihre Sensibilisierungsarbeit mit Jugendlichen auf



Von links: Harald Hikel, Maurus Ebnetter, Franziska Laur (Moderation), Malika Abd'Rabbou und Urs Preisig.

und plädierte für Toleranz. Offensichtlich sind die neuen Musikgeräte, klein und lautstark, im vernünftigen Handling noch eine Herausforderung.

Urs Preisig vom QV Lääbe in der Innerstadt schilderte die Situation im Stadtkern und plädierte für Anstand und gesunden Menschenverstand. Aus dem Publikum merkte FDP-Vorstandsmitglied Karin Sartorius-Brüschweiler an, dass Quartiervereine mit viel Bürokratie konfrontiert sind, wenn sie ein Quartierfest organisieren wollen und die Stühle müssten eigentlich schon dann reingeräumt werden, wenn die Jungen erst in den Ausgang gehen würden.

Die Diskussion ergab, dass nicht noch mehr staatliche Obhut die Lösung ist, sondern gerade umgekehrt, die Rückkehr zum nachbarschaftlichen Miteinander und die Abkehr von wohlstandsbedingten Maximalansprüchen. Die Wirklichkeit ist ja, dass mit der Verkehrsberuhigung im Zentrum der Geräuschpegel derart gesunken ist, dass morgens die Putzmaschinen plötzlich als solche wahrgenommen werden. Als Folge davon schafft jetzt der Kanton leise Elektroputzfahrzeuge an. Diese Beruhigung im Kern der Agglomeration führt stets zu neuen Ansprüchen, man will das städtische Angebot an Kultur und Gastronomie in Gehdistanz, ohne es privat zu hören. Auf dem Land ist es übrigens nicht anders, die Zuzüger aus der Stadt finden schon nach kurzer Zeit das heimelige Kuhglockengeläut und das Ga-

ckern der Hühner unerträglich. Zudem merken sie, dass die Agglomeration immer städtischer wird, während die Städte zum Ländlichen tendieren.

Das Phänomen ist weltweit bekannt: Je wohlhabender die Gesellschaft, je höher die Ansprüche. Als 1970 40 000 Menschen mehr in Basel-Stadt lebten als heute, es doppelt so viele Kinder und Jugendliche gab, noch jedes Quartier ein Tanzlokal hatte und die Innerstadt wie selbstverständlich mit dem Auto angefahren wurde, reichte ein Teilzeitbeamter für Lärmschutz vollständig aus. Der Verkehr war viel lauter, in fast allen Wohnungen lebten mehrere Menschen. Heute ist jede zweite Wohnung mit einem einzigen Bewohner belegt, Einsamkeit ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem.

Das Freiheitspodium zeigte deutlich auf, dass die Bürokratisierung der Stadtgeräusche ein Holzweg ist. Der Umgang damit gehört zurück in die Zivilgesellschaft, und wo diese überfordert und ein Lärmverursacher uneinsichtig ist, gibt es wie seit jeher die Polizei. Die Gastronomen und Kulturveranstalter sollen inskünftig von den Behörden nicht Schikanen, sondern Dank für ihr gesellschaftlich wertvolles Engagement bekommen. Und gegen exzessive Prozessierlust hilft die Einführung des Friedensrichters. Wer tatsächlich die Gerichte bemühen will, soll sich erst vor dem Juge de Paix erklären. Freiheit ist Selbstverantwortung und Engagement.

Ebbis Interns

Geburtstage

Im Januar durften wir **Christian Müller, René Thoma, Peter Schütz, Denis Sorie** und **Michael G. Wiederkehr** zu ihrem runden Geburtstag gratulieren.

Im Februar feierten **Angelo Gallina** und **Fritz Weissenberger** einen runden Geburtstag.

Im März hatten **Dieter Beyerle, Stephan Maurer, Samuel Christ, Michael Rusterholtz, Daniel Brunner, Heinz Lussi** und **Silvia Nanni** ihren runden Freudentag.

Im April feierten **Conrad Jauslin, Lukas Xaver Meyer, Fabian Hediger, Raeto Ardüser** und **Urs Soder**.

Wir gratulieren allen Mitgliedern zu ihren Geburtstagen und wünschen von Herzen alles Gute.

Delegiertenversammlung vom 24. März 2018 in Zug



Die Basler Delegation mit der Präsidentin Petra Gössi.

Agenda

23. Mai 2018:
Generalversammlung
FDP Grossbasel-Ost

28. Mai 2018:
Generalversammlung
FDP Kleinbasel

20. August 2018:
Parteitag der Basler FDP

16. Oktober 2018:
Parteitag der Basler FDP

Details siehe: www.fdp-bs.ch

Stadtleben

25 Jahre Wandel beim Tierpark Lange Erlen

Edwin Tschopp, 65,
Vorstandsmitglied FDP BS

An der GV vom Frühling 1993 wurde ich in den damals 15-köpfigen Vorstand des Erlen-Vereins Basel gewählt. Nach 25 Jahren bin ich an der GV 2018 verabschiedet und pensioniert worden. Insgesamt war ich 17 Jahre im Vorstand (davon 3 als Vizepräsident, 7 als Präsident) sowie 9 Jahre Geschäftsführer (60-Prozent-Mandat, 1 Jahr Doppelrolle). Im Vorstand waren 1993 14 Männer und 1 Frau. Heute hat der Vorstand 10 Mitglieder, je 5 Frauen und Männer, und dazu eine Geschäftsführerin. Allein dies zeigt, welchen Wandel der sehr geschätzte Erlen-Verein Basel (rund 8500 Mitglieder), der den Tierpark Lange Erlen seit 1871 gratis für die Bevölkerung offenhält, durchgemacht hat.

Für alle erlebbar ist der Wandel, der im Tierpark stattgefunden hat. Er beherbergte bis zu 10 Hirscharten in einfachen Gehegen. Dann kam in den 1990er-Jahren ein Paradigmenwechsel in der Zootierhaltung. Man verabschiedete sich vom Konzept der «lebendi-



Edwin Tschopp

gen Ausstellung» möglichst vieler Tiere. Statt Sammlerstolz waren nun inszenierte Natur und abwechslungsreich gestaltete grössere Gehege mit weniger Tieren gefragt. Dazu kamen richtigerweise höhere Anforderungen beim Tierschutz. Beim Planen der Gehege stehen nun die Bedürfnisse der gehaltenen Tiere im Vordergrund, erst in zweiter Linie kommen jene von Besuchenden und Tierpflegenden.

Sollte der Tierpark eine Existenzberechtigung haben, durften auch wir nicht stehen bleiben. Aber was tun? Eine Diplomarbeit von zwei angehen-

den Landschaftsarchitekten zeigte 2001 mögliche Entwicklungsmöglichkeiten auf. Da traf es sich gut, dass die Stadtgärtnerei ihre an den Tierpark angrenzende Försterei aufgeben und dem Tierpark überlassen wollte. Dafür gilt der Dank alt Regierungsrätin Barbara Schneider und Emanuel Trueb. Auf Initiative des damaligen Präsidenten Walter Herrmann und des Bauchefs Martin Cron wurde ich bestimmt, eine Kommission mit internen und externen Personen zusammenzustellen und einen Masterplan für die künftige Entwicklung des Tierparks zu entwerfen. Gesagt, getan. 2002/2003 wurden ein Leitbild erstellt und Planungspartner evaluiert. Zusammen mit diesen erstellte das Gremium dann den Masterplan, den ich Ende 2003 der Öffentlichkeit vorstellen durfte. Hauptaussage ist, dass der Tierpark Lange Erlen sich zum «Fenster der Natur unserer Region» entwickeln soll. Er ergänzt damit den Zoo Basel, der vor allem die Tiere der weiten Welt zeigt. Die Einschränkung auf einheimische Tiere (Ausnahme Kapuziner-Affen und schwarzer Schwan) bedeutete, dass

wir uns von zahlreichen «fremden» Hirscharten verabschieden mussten.

Nachdem die Regierung 2004 dem Masterplan grundsätzlich zugestimmt hatte, packten wir die Infrastrukturplanung an (Wege, Leitungen, Wasserläufe). 2006 begann der Bau der ersten Etappe. Dank einer grossen Spende der Gebäudeversicherung BS zum 200-Jahre-Jubiläum sowie weiterer Gönnerinnen und Gönner konnte im Spätsommer 2007 der Erlebnishof mit Haustieren – vor allem Pro-Specie-Rara-Rassen – eröffnet werden. Das Echo war so positiv, dass in den Folgejahren weitere Gehege (u.a. Luchs, Uhu, Wildschwein, Fuchs, Rothirsch, Gämse, Wildkatze, Beobachtungspavillon, Wisent) realisiert werden konnten. Insgesamt wurden seit 2006 gegen 20 Mio. Franken in den Aus- und Umbau investiert. Dazu hat der Kanton den Veloweg verlegt und einen Grossteil der Kosten des neuen Spielplatzes, der allen offensteht, übernommen. Rund zwei Drittel des Generationenprojektes «Masterplan» sind realisiert, aber es gibt auch in den kommenden Jahren noch viel zu tun.

Parteitag und Generalversammlung

Am 19. April diskutierte die FDP-Familie im Gundeldingerfeld über die lokale und nationale Politik. Die FDP lehnt alle vier kantonalen wohnpolitischen Volksinitiativen einstimmig ab. Auch die Vollgeldinitiative wurde einstimmig abgelehnt. Nach eingehender Diskussion wurde das Geldspielgesetz mit grossem Mehr abgelehnt.



V.l.: Stephan Villiger, Karin Sartorius-Brüsche, Corinna Zigerli, Nadine Gautschi.

Wahl

Baschi Dürr in den Vorstand der KKJPD

Die FDP Basel-Stadt freut sich, dass unser Regierungsrat Baschi Dürr von seinen kantonalen Kolleginnen und Kollegen in den Vorstand der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) gewählt wurde. Der Vorstand der KKJPD ist in den letzten Jahren auf der Schnittstelle zwischen den Kantonen und dem Bund zu einem der wichtigsten Akteure der Schweizer Sicherheitspolitik geworden. Bereits seit zwei Jahren präsidiert Regierungsrat Dürr die Strafrechtskommission der KKJPD, die jüngst mit dem Bundesamt für Justiz die neue Strafprozessordnung oder den neuen Terror-Artikel im Strafgesetzbuch vorbesprochen hat.



Baschi Dürr mit Präsident der KKJPD Pierre Maudet.